

Das Politische

Bild und Wirklichkeit

**Internationaler Workshop
9. bis 11. März 2006 in Wien**

Online-Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Autors.
Zitation erlaubt mit Quellenangabe

Veranstaltet von der Internationalen Voegelin-Gesellschaft für Politik,
Kultur und Religion e.V.
(München)

Florian Oberhuber

Bedingungen und Funktionen politischer Semiose

Der Fall der Politisierung europäischer Integration

Der Staat ist kein Kunstwerk

G. W. F. Hegel

*But in constitutional countries, (...) to
be invisible is to be forgotten.*

Walter Bagehot

Gegenwart

Die europäische Integration ist eines der Phänomene, in denen uns die Gegenwart fragwürdig wird. *Symptome* dieser Fragwürdigkeit sind die öffentlichen Debatten und mittlerweile auch Protestbewegungen, welche ein grundlegendes Unbehagen der Bürger zum Ausdruck zu bringen scheinen und Europa als politisches Projekt in Frage stellen. Daten aus Umfrageforschungen bestätigen dies seit geraumer Zeit: Die Identifikation der Bürger mit der EU stagniert auf einem relativ niedrigen Niveau (Westle 2003: 125-128). Um einen der besonders spektakulären Indikatoren herauszugreifen: Wenige Monate vor den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament (im Herbst 2003) stellte EUROBAROMETER wiederum die Frage, ob eine Auflösung der Europäischen Union bedauert würde. Nimmt man all jene Befragten zusammen, die entweder keine Antwort (11%) gaben oder mit Erleichterung (15%) oder Indifferenz (37%) reagierten, so erscheinen nach diesen Daten nahezu zwei Drittel der Unionsbürger (EU-15) von der Zukunft ‚ihrer Union‘ vollkommen unberührt.¹

Auf der Seite der *Interpretationen* solcher Befunde wird vor allem auf eine Reihe von Defiziten hingewiesen: Demokratiedefizit, Legitimitätsdefizit, Öffentlichkeitsdefizit, Identitätsdefizit. Gemeinsam ist diesen Diagnosen eine Betonung von „weichen“, sozialen Faktoren politischer Bindung. Denn aus normativer Perspektive läßt sich den europäischen Entscheidungsprozessen und -strukturen ein Defizit an Demokratie und Legitimität nicht so einfach nachsagen: „Judged against prevailing standards in existing advanced industrial democracies“, stellt etwa Andrew Moravcik fest, „the EU is democratically legitimate ...“ (2003: 1, Hervorh. von mir) – Wie aber erklären sich, so man von dieser Diagnose ausgehen will, die empirisch aufweisbaren Symptome von Unbehagen und Disaffektion, bzw. die Diskurse über Defizite, wie sie sich seit geraumer Zeit ausbreiten?

¹ Standard-EUROBAROMETER 60, veröffentlicht Februar 2004. – Das EUROBAROMETER 62 von Herbst 2004 weist für die EU-25 folgende Werte aus: „sehr erleichtert“ 13%, „indifferent“ 43%, keine Antwort 5%.

Halten wir zunächst fest: Die Beziehung der Europäischen Union zu ihren Bürgerinnen und Bürgern gilt als problematisch bzw. defizitär. Und während diese Defizite in den Anfängen europäischer Integration nur ein marginales Thema waren, bestimmen sie mittlerweile nicht nur weite Teile der akademischen Literatur, sondern auch der Selbstdarstellung und politischen Kommunikation der EU.²

Die Antworten, welche EU-Institutionen bzw. politische und wissenschaftliche Eliten auf diese von ihnen selbst diagnostizierten Defizite gaben und geben, folgten in weiten Strecken den bekannten Leitlinien des nationalstaatlichen Vorbilds:

- In den 1980er Jahren war es der Begriff einer „Europäischen Identität“, in dessen Namen die Europäische Kommission daran ging, die Legitimität der Gemeinschaft durch kulturpolitische Strategien im Sinne eines europäischen *nation-building* zu befördern (vgl. Shore 2000: 13-121). Es folgten Initiativen im Bereich der Medienpolitik (z.B. „Television without frontiers“, 1984), der Bildung, der Unterhaltung (z.B. die Euro-Lotterie), der Ikonographie. Europa wurde mit dem bekannten identitätstechnischen Repertoire der Moderne ausgestattet, von der Flagge über die Hymne bis zu Feiertagen.
- Seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) wurden darüber hinaus eine Reihe von Anstrengungen zur Verbesserung der „demokratischen“ Qualität der europäischen Institutionen unternommen. In einer Reihe von Vertragsrevisionen stärkte man – gemäß dem Vorbild parlamentarischer Demokratie – die Rolle des Europäischen Parlaments und schuf Möglichkeiten politischer Partizipation: : Transparenz und Öffentlichkeit wurden eingefordert, Verfahren der direkten Kontrolle durch den Bürger installiert, die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen im Entscheidungsprozeß unterstützt.
- Eine ähnliche Geschichte ließe sich schließlich auch über die konstatierten Defizite an Öffentlichkeit und Legitimität erzählen: Auch deren Thematisierung ging weniger „von unten“ aus als vielmehr von den EU-Institutionen selbst, welche mit dem Hinweis auf entsprechende Defizite zugleich umfassende Programme zu deren Behebung antrieben.³ Das jüngste und prominenteste in der Reihe der Leitbegriffe und Leitbilder, welche zu diesem Behuf kommuniziert wurden, ist die „europäische Verfassung“.

Die genannten Anstrengungen politischer Kommunikation sind hier in zweierlei Hinsicht interessant. Erstens bezeugen sie die Relevanz jener Aspekte europäischer Integration, die als „weiche“ Faktoren abseits „harter“ Entscheidungsprozesse und Machtstrukturen gerne abgetan werden. Antje

² Siehe z.B. das Weißbuch „Europäisches Regieren“ (Europäische Kommission 2001) oder die Laeken Erklärung, welche im Dezember 2001 den „Konvent zur Zukunft Europas“ einberief.

³ Der bekannte Slogan „die Union den Bürgern näher bringen“ müßte mithin umgekehrt werden: „die Bürger der Union näherbringen“. Denn, wie Niklas Luhmann (2000: 358) lakonisch feststellt: „Operativ gesehen ist Legitimation immer Selbstlegitimation. Sie muss durch politische (als politisch erkennbare) Kommunikationen vollzogen werden.“

Wiener (2004) hat diese Aspekte jüngst mit dem Begriff einer „nachholenden Politisierung“ europäischer Integration zu fassen versucht. Nach Phasen des Aufbaus supranationaler Institutionen und der darauffolgenden Europäisierung nationaler Strukturen stelle diese nunmehr Normen, Werte und Leitbilder zur Disposition und treibe eine Restrukturierung politischer Bruchlinien, Diskurse und Identitäten an.⁴ Zweitens wollen wir auf das Scheitern jener Programme hinweisen, welche im Zuge einer Politisierung europäischer Integration zu einer Behebung der Defizite an Demokratie, Identität, Legitimität usw. führen sollten. Denn indem diese am nationalstaatlichen Paradigma orientierten Modelle sich als untauglich erwiesen, öffneten sie den Blick auf zweierlei: auf die Kontingenz der nationalstaatlichen Formen politischer Vergemeinschaftung auf der einen Seite, und auf die Transformation des Politischen im Zuge europäischer Integration auf der anderen. Deutlich können wir den resultierenden Zustand der Unklarheit, Ambivalenz und Kontingenz am Beispiel jener „Verfassungsdebatten“ ablesen, welche in den vergangenen Dekaden nicht nur in akademischen Kreisen, sondern auch innerhalb und unter den Mitgliedsstaaten grundlegende Auffassungsunterschiede hinsichtlich der europäischen Konstruktion zum Vorschein brachten (vgl. Weiss 2002; Jachtenfuchs 2002). In den Worten des Rechtstheoretikers Joseph Weiler (1999a: 8):

Wir haben eine verfassungsmäßige Rechtsordnung deren Verfassungstheorie noch nicht geschrieben ist, deren langfristige, transzendente Werte ungenügend herausgearbeitet sind, deren ontologische Elemente mißverstanden werden und deren soziale Verankerung und Legitimität hochgradig kontingent sind.⁵

An diesem Punkt der Unentschiedenheit soll im Folgenden angesetzt werden, indem die Erosion alter Selbstverständlichkeiten für einen Blick auf die Bezugsprobleme und Konstitutionsbedingungen des Politischen nutzbar gemacht werden. Letztlich gilt es von daher auch die Frage erneut zu stellen, inwiefern die Europäisierung als eine Erosion bzw. Verfinsternung *des Politischen*⁶ oder aber als dessen Transformation zu deuten sei. Anders

⁴ Im Anschluß an Wiener stellen wir fest, daß öffentliche Politisierung in der Tat ein relative junges Phänomen in der Geschichte europäischer Integration ist, das sich erst mit den Erfolgen des Integrationsprozesses im Sinne der Entwicklung der EU von einer funktional bestimmten Gemeinschaft zur politischen Union in den vergangenen 15 Jahren einstellen konnte. Denn während die alte EG sich im Wesentlichen an eine Gemeinschaft bürokratischer und politischer Eliten richtete und von diesen getragen war, trat die EU zunehmend in ein direktes Verhältnis zu ihren Bürgerinnen und Bürgern, sowohl in kommunikativer und kognitiver Hinsicht („Identität“) als auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen und Bedeutung für das tägliche Leben. Jener „permissive consensus“ in den Bevölkerungen, von dem in den 1960er Jahren vielleicht noch ausgegangen werden konnte, wurde spätestens mit diesen Entwicklungen brüchig.

⁵ [We have] a constitutional legal order the constitutional theory of which has not been worked out, its long-term, transcendent values not sufficiently elaborated, its ontological elements misunderstood, its social rootedness and legitimacy highly contingent.

⁶ Die Europäisierung, so exemplarisch die Position von Marcel Gauchet (2005: 40-41), habe durch ihre Bevorzugung des Rechts einer radikalen Individualisierung Vorschub geleistet, welche jedes politische Subjekt als Träger kollektiver Handlungsmacht sowie eines Bezugs zu Vergangenheit und Zukunft unmöglich mache: „Elle ne procure pas d'identité; elle ne

formuliert: Ist es möglich, in der wenig überraschenden (und wenig fruchtbaren) Konfrontation von Europa und dem Nationalstaat zu neuen (theoretischen) Einsichten zu gelangen?

Der Gang des Arguments beginnt mit einer theoretischen Erkundung der oben mit dem Hinweis auf die Politisierung Europas und ihrer Defizite nur unbefriedigend bestimmten Problems als Prozeß *politischer Semiose*. Zurückgegriffen wird dazu zunächst auf Vorschläge aus der Institutionentheorie, um diese in einem weiteren Schritt im Anschluß an die Systemtheorie Luhmanns erkenntniskritisch zu präzisieren: Politik, so die These, impliziert eine semiotische Dimension insofern, als sie zu ihrem Funktionieren auf die Sichtbarkeit der Macht angewiesen ist, und als die von ihr produzierten Entscheidungen immer auch eine territorial und mitgliedschaftlich bestimmte Kollektivitätsfiktion als Fremdreferenz mitführen.

In einem zweiten Abschnitt wird die erarbeitete Begrifflichkeit auf die im Ausgang skizzierte europäische Situation angewandt, welche dann im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer semiotischen Konstruktion Europas in neuer Weise beschrieben wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Problematik gelegt, Europa als ein politisches Kollektiv in angemessener Weise sichtbar und lesbar zu machen.

Zunächst noch ein Wort der Warnung vorneweg: Mein Vortrag erhebt nicht den Anspruch, die politische Evolution Europas zu erklären oder zu prognostizieren, die in der Tat von einer Reihe von Faktoren abhängt, die hier nicht betrachtet werden. Um was es ausschließlich gehen soll, ist, Bedingungen und Bezugsprobleme der Transformation Europas gemäß der Eigenlogik des Politischen in den Blick zu nehmen.

Theorie

Politische Semiose

Die oben anhand Europas vorläufig als „weiche Dimensionen“ von politischer Vergemeinschaftung sowie als „Polarisierung“ europäischer Integration beobachteten Phänomene sollen im Folgenden allgemeiner unter dem Begriff *politische Semiose* gefaßt werden. In einer ersten Annäherung seien darunter jene Prozesse verstanden, welche durch verschiedene Zeichen eine öffentliche Sichtbarkeit und Lesbarkeit politischer Wirklichkeit herstellen und in der Folge die Anerkennung der Legitimität von Politik durch ihre Adressaten ermöglichen.

In der Politikwissenschaft werden derartige Phänomene zumeist mit einer asymmetrischen Unterscheidung beschrieben, welche sie als bloß „symbolische Politik“ den Prozessen effektiver „Entscheidungspolitik“ gegenüberstellt. Während letztere als „eigentliche“ Politik auf den Hinterbühnen stattfindet, handle es sich bei symbolischer Politik um die Show auf der Vorderbühne, welche zwar effektiv sein könne im Sinne der Herstellung von Zustimmung

donne pas de quoi se situer et se définir dans le temps et dans l'espace; elle ne dit pas aux individus ce qu'ils sont, compte tenu d'une histoire assumée et d'une situation dans le monde ..." (ebd.: 499; vgl. auch Haltern 2003)

bei den Herrschaftsunterworfenen, auf der anderen Seite aber als letztlich problematisches, weil irrationales und verzerrendes Schauspiel (bzw. Manipulation, Simulation, Amerikanisierung usw.) zu kritisieren sei. (vgl. z.B. Edelman (1985) sowie ausführliche Literaturhinweise bei Müller 2004)

Ansätze, welche dieser ikonoklastischen Perspektive⁷ eine normativ neutrale Sicht auf das Ins-Bild-Setzen des Politischen entgegenstellen, bleiben rar.⁸ Exemplarisch sei auf den französischen Philosophen Claude Lefort verwiesen, der seine politische Theorie aus einer Autokritik jener kommunistischen Position entwickelt hatte, welche vom Absterben des Staates ausging und die Vertikalität politischer Repräsentation zugunsten einer reinen Immanenz sozialer Beziehungen ablehnte. Das Politische, so Lefort (1986: 282), bringe in Gesellschaft „über zahllose Zeichen eine quasi-Repräsentation ihrer selbst“ hervor. Mit anderen Worten: Politik beschränke sich nicht auf die Operationen eines spezialisierten Teilsystems bzw. einer bürokratischen Organisation, sondern sie impliziere eine semiotische Arbeit, welche in Gesellschaft eine bestimmte Art des Sinns instituiere. Lefort (1986: 280-282) sprach von einer Bewegung der „Interiorisierung“, welche Gesellschaft sogar zuallererst als einen gemeinsamen Raum, als ein Ganzes, das „in Form“ ist, hervorbringe.⁹ Wie aber läßt sich diese Rede von „politischer Form“ verstehen, von Gesellschaft als einer symbolisch konstituierten „Welt“, welcher der Theoretiker als innerlich begegne, ohne auf die schiefe Ebene eines politischen Ästhetizismus¹⁰ zu geraten?

⁷ Vgl. radikal Hans Kelsen (1929: 86): "... Und so wie im primitiven Zustand des Totemismus die Clangenossen sich bei gewissen orgiastischen Festen die Maske des heiligen Totemtieres, das ist der Urvater des Clans, vornehmen, um für kurze Zeit, selbst den Vater spielend, alle Bande sozialer Ordnung abzustreifen, so bekleidet sich das normunterworfenen Volk in der demokratischen Ideologie mit dem Charakter unveräußerlicher, nur der Funktion nach übertragbarer und auf die Gewählten immer wieder neu zu übertragender Autorität. Auch die Lehre von der Volkssouveränität ist – wenn auch sehr verfeinert und vergeistigt – eine totemistische Maske."

⁸ In der letzten Dekade wurden derartige Ansätze in der deutschsprachigen Diskussion unter dem Leitbegriff des „pictorial turn“ diskutiert (vgl. für aktuelle Literatur Hofmann 2004, Müller 2004).

⁹ Es wird zu zeigen sein, daß hier niedriger anzusetzen wäre: Das Politische konstituiert nicht Gesellschaft, sondern macht diese in bestimmter Weise für sich lesbar und sichtbar; es stellt ein politisches Band her, das einerseits durch konkrete Akte wie Wahlen realisiert wird, und das andererseits im Medium „geteilten Sinns“ (vgl. Descombes 1996) existiert, indem es Menschen erlaubt, einander als Bürger zu begreifen, die zueinander und zu gemeinsamen Institutionen in bestimmten Beziehungen stehen (vgl. Rosanvallon 2003).

¹⁰ Zumal in Europa nach 1945 wiegt der Verdacht des politischen Ästhetizismus. So wandte etwa Jean-Luc Nancy gegen jenen „Nationalästhetizismus“, wie er ihn an Heideggers Schriften der 1930er Jahre festmachte, seine These von der „Undarstellbarkeit der Gemeinschaft“: Abzulehnen sei, so Nancy (1988: 13-14), ein Begriff von Politik im Sinne einer „Gemeinschaft von Wesen, die wesensmäßig ihre eigene Wesenheit als ihr Werk herstellen und darüberhinaus genau diese Wesenheit als *Gemeinschaft* herstellen“. Umgekehrt, so die an diversen Stellen formulierte These, setze der Begriff des Politischen gerade die Abwesenheit jener „Wesenheit als Gemeinschaft“ voraus. Wo diese anwesend, d.h. in der Welt wäre, als natürliche Einheit, wäre Politik abwesend, welche gerade gegen die Unmittelbarkeit des Sozialen als explizite Institution des politischen Bandes zu verstehen sei, als die Durchsetzung einer kollektiv verbindlichen, letztlich durch ein Monopol an Gewaltmitteln geschützten Herrschaftsordnung. – Eine Reihe unter dem Etikett Poststrukturalismus versammelte französische Autoren betonen diese Logik des *Bruchs* (vgl. Bedorf 2003) mit dem Ziel einer

Institutionentheorie

Einer der Wege, auf denen in der deutschsprachigen Politikwissenschaft Aspekte politischer Semiose thematisiert werden konnten, führte über eine institutionentheoretische Reflexion der symbolischen Konstitution politischer Ordnung (vgl. Brodocz 2003). Als Zentrum dieser Beobachtung des Politischen als Institution kann die Übersetzung von zentralen Begriffen der politischen Sprache in ein soziologisches Register gesehen werden. So hat etwa Gerhard Göhler die für Politik „grundlegende“ Beziehung zu den Bürgern und Bürgerinnen institutionentheoretisch gemäß zwei Aspekten reformuliert: dem Aspekt der Willensbeziehung und dem der Symbolbeziehung. Beide Aspekte tauchen sowohl in der Dimension der Macht als auch jener der Repräsentation auf und erlauben zumal eine Unterscheidung von zwei Typen der Repräsentation: (1) Zurechnung des Willens der Repräsentierten auf die Repräsentanten und daher Legitimation, (2) Repräsentation der „grundlegenden politischen Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien eines Gemeinwesens“, das heißt Darstellung der Einheit in der Vielheit. (Göhler 1997: 37)

Der Mehrwert dieser Beschreibung für eine Theorie politischer Semiose liegt offenbar in der Möglichkeit der Unterscheidung verschiedener Aspekte und Dimensionen des Gegenstands. Auf der anderen Seite reduziert Göhler über den Import von Begriffen aus der politischen Semantik (wie Bürger, Repräsentation, Einheit) in die Theorie deren möglichen Erklärungswert. Anders formuliert: Wesentliche Aspekte dessen, was die politische Institution als symbolisch konstituiert ausmachen soll, werden bereits in der Theorie politischer Institutionen selbst vorausgesetzt: daß es Bürgerinnen und Bürger gebe, daß deren Beziehung zur Politik als Repräsentation aufzufassen sei, daß das zu Repräsentierende einerseits der Wille, andererseits die Leitidee der Einheit der politischen Gemeinschaft seien usw.

Man könnte dieses Verfahren kritisch als soziologische Reifizierung politischer Philosophie (zumal Hegelianischer Motive) bezeichnen (vgl. Nassehi 2003), oder konkret: Die Darstellung der Einheit der Gesellschaft wird hier nicht als Effekt politischer Kommunikation rekonstruiert, sondern als Integrationsleistung der Institution vorausgesetzt. Diese Voraussetzung muß ihrerseits unbegründet bleiben bzw. wird dem soziologischen Begriff der „Institution“ angelastet. Der Beobachter von Politik kann dann aber nur noch entscheiden, ob die politische Institution die ihr zugerechneten Funktionen in einem gegebenen Fall erfüllt, oder ob sie gleichsam „defekt“ sei. – Diese inhaltliche Überlastung des Politikbegriffs mit soziologischen Funktionsanforderungen schränkt die Flexibilität der Theorie maßgeblich ein. Diese erhält den Charakter eines Modells, dessen Anschlußfähigkeit an den zu beschreibenden Gegenstand nicht garantiert werden kann. Was bleibt, sind die Anspruchsniveaus, die durch einen solchen Politikbegriff gesteuert werden (vgl. Luhmann 1972),¹¹ und die gerade vor dem hier angezogenen Hinter-

gegen die Unmittelbarkeit gerichteten Metapolitik, wobei verschiedene Akzentsetzungen möglich sind.

¹¹ Sehr weit in diesem Sinn geht etwa Zifonun in seiner Reformulierung politischer Theorie als Institutionentheorie mit der Begrifflichkeit von Berger / Luckmann. Hier wird in

grund einer Transformation des Politischen im Zuge europäischer Integration fragwürdig erscheinen.

Systemtheorie

Ausgehend von der Problemstellung, welche die Gegenwart europäischer Integration aufgibt, haben wir uns die Begründung einer Theorie politischer Semiose zum Ziel gesetzt. Der oben skizzierte Weg einer Institutionentheorie schien insofern limitiert, als die Bestimmung einer symbolischen Dimension des Politischen als Institution bereits zuviel voraussetzte. Wir werden daher in einem zweiten Schritt jenen Weg gehen, den Niklas Luhmann in seiner politischen Soziologie aufzeigte, nämlich die Frage nach dem „Wesen“ des Politischen zunächst einzuklammern, um stattdessen an der Beobachtung des politischen Systems in seiner historisch gegebenen Form anzuschließen. Die Begründung politischer Semiose läßt sich dann auf zweierlei Wegen leisten: erstens über eine Reflexion der Bedingungen von Macht als jenem Kommunikationsmedium, mit dessen Hilfe sich das politische System ausdifferenziert hat; zweitens über eine Reflexion der Implikationen, welche die Herstellung *kollektiv* bindender Entscheidungen hinsichtlich der öffentlichen Semiotisierung und Kommunikation von Politik mit sich bringt.

(1) Das erste Argument ist ein klassischer Topos der Politologie: Macht im Sinne der Chance, seinen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, kann nur wirken, wenn sie sich selbst sichtbar macht (vgl. Münkler 1995; Koschorke 2002). Soll diese Macht ihre Chancen auf Durchsetzung steigern, wird sie weiters die Möglichkeit der negativen Sanktionierung zwar präsentieren, aber deren Durchsetzung vermeiden. Als dauerhafte Herrschaft baut Macht auf Gefolgschaft und Gehorsam auf, d.h. sie impliziert die Anerkennung durch die Beherrschten, welche sich ihrerseits als Semantik der Legitimität der Herrschaft entfaltet. (Nassehi 2002) Das Politische kann aufgrund dieser Kriterien von einer Machtorganisation im Modus des Realen unterschieden werden. Es steuert nicht extern das Verhalten, sondern vermittelt der Sichtbarkeit der Macht. Söffner / Tänzler (2002) haben dies jüngst zur Bestimmung des besonderen Charakters politischer Herrschaft nutzbar gemacht: Diese sei eine Form der Beziehung unter Menschen, welche den Bezug zu einem nicht anwesenden Dritten, einem „generalized other“ (Mead), impliziere, durch den sie vermittelt werde. Erst durch diesen Verweisungszusammenhang, so Söffner/Tänzler (2002: 6-7), werde Handeln politisch.

(2) Auf einem zweiten Weg läßt sich das Erfordernis politischer Semiose von der Funktion politischer Systeme abzuleiten, als Entscheidungsverfahren bindende Wirkung für spezifisch abgegrenzte Kollektivitäten zu entfalten.

Dieser Argument basiert auf einer Umkehrung der gewohnten Denkopoperationen: Es wird nicht von der Existenz eines Kollektivs ausgegangen, dessen Fundamente von Politik zu *repräsentieren* seien; sondern umgekehrt gilt es zu

objektivistischer Weise von einem gegebenen „Institutionengefüge“ ausgegangen, das von Politik tatsächlich „als Ganzes“ mit einem Dach von Legitimationen versehen werde, womit eine „symbolische Sinnwelt“ erzeugt werde, die von Politik als „allgemein verbindlich“ gegenüber Jedermann durchzusetzen sei (Zifonun 2004: 264).

zeigen, inwiefern durch die Ausdifferenzierung politischer Systeme soziale Kollektive notwendig miterzeugt werden.

Armin Nassehi (2003: 249) formuliert den Kerngedanken präzise folgendermaßen: „Politische Entscheidungen unterscheiden sich von anderen Entscheidungen vor allem dadurch, dass sie *per Entscheidung* einen Entscheidungsraum entfalten, in dem (...) Entscheidungen für all jene bindend sind, für die sie bindend sind.“ Diese zirkuläre Abgründigkeit der (modernen) Politik hatten bereits Autoren wie Pascal oder Montaigne gesehen,¹² als sie einen vorgängigen Legitimationsgrund von Souveränität als Fiktion entlarvten.¹³ Als systemtheoretische Pointe kann hinzugefügt werden, daß sich jene tautologische Begründung des Politischen in der Zeit gleichsam selbst validiert.¹⁴ Die Kommunikation politischer Entscheidungen führt territoriale und mitgliedschaftliche Bezüge ihrer Bindungswirkung mit und erschafft sich so selbst jenes Publikum, das sie als Herrschaftsunterworfenen adressiert und als Herrschaftsgrund voraussetzt. Ergebnis dieses – empirisch untersuchbaren¹⁵ – Prozesses ist Kollektivität, wobei zwei zentrale Aspekte unterschieden werden können: erstens Kollektivität als kommunikativ erreichbare Adresse, welche sich als zurechnungsfähig für das Ganze zur Verfügung hält; zweitens Kollektivität als *imagined community* bzw. Selbstbeschreibung als einer räumlich und sozial abgrenzbaren Einheit.

Dieser zweite Aspekt offenbart eine Besonderheit politischer Semantik (im Vergleich zu wirtschaftlicher, wissenschaftlicher usw.): Indem diese eine sichtbare Adresse für das Ganze erzeugt, erweist sie sich in besonderer Weise anschlussfähig für kollektiv wirksame Selbstbeschreibungen der Gesellschaft. (Nassehi 2002, 45) Politik präsentiert sich mithin nicht nur als zuständig für das Ganze, es wird auch zuvorderst auf sie zurückgegriffen, wenn es darum geht, über die eigene Identität Rechenschaft zu geben.

Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die hier beschriebenen Produktionsbedingungen der Kollektivität im Normfall verdeckt. Politische Semantik konstituiert einen (mehr oder weniger stabilen) sinnhaften „Innenraum“,¹⁶ in welchem ihr eigenes Betriebsgeheimnis – ihr *fondement mystique* in Montaignes Worten – unsichtbar ist. Dazu dient zumal die Begrifflichkeit der *Repräsentation*,¹⁷ welche die politische Entscheidungsebene auf ihr Kollektiv

¹² Wer den Gesetzen gehorcht, weil sie gerecht seien, schrieb Pascal, gehorcht der Gerechtigkeit, die er sich einbildet und nicht der Essenz des Gesetzes. Das Gesetz autorisiert sich selbst. So läge darin die Ungerechtigkeit der Fronde, daß sie ihre vorgebliche Gerechtigkeit gegen die Macht erhoben habe. . . (Fragmente 56, 78, 94).

¹³ Vgl. die begriffsgeschichtlichen Arbeiten von Giuseppe Duso (z.B. Duso 2000).

¹⁴ Im Europa der politischen Modernen ist dies die historische Genese der Welt der Nationalstaaten als Territorien bzw. "virtuelle[n] soziale[n] Räume[n]" (Nassehi 2002: 40) sowie Bevölkerungen als Völker, die als Grund von Souveränität und Adresse von Solidaritätszumutungen herzuhalten hatten. Der Motor, der diese soziale Alchemie antrieb, war zumal der Krieg, der in der Tat einen Primat des Politischen als „Gebiet der Gebiete“ (Göbel 1999) durchsetzte und den politischen Entscheidungsraum in die Sozialdimension überschrieb.

¹⁵ „Die Notwendigkeit, diese an sich unsichtbare ‚Substanz‘ sinnfällig zu machen, treibt einen reichen Fundus an Kollektivmythen hervor.“ (Koschorke 2002: 78)

¹⁶ Vgl. dessen Nachdichtung bei Lefort (1986).

¹⁷ Soziologische Institutionentheorien objektivieren diese Sprache des Innenraums der Politik, indem sie dieser die Funktion der Bereitstellung einer "allgemeine[n] symbolische[n] Sinnwelt" (Zifonun 2004) anlasten und die Leistung der Integration des Ganzen der

als ein *vorgängiges* bezieht, und welche es der Öffentlichkeit zumutet, in Politik einen *Ausdruck* ihrer eigenen Prinzipien zu sehen bzw. ihrer Seele als jenes Teils, der die Teile zum Ganzen fügt.¹⁸

Versuchen wir am Ende dieses Abschnitts eine erste Präzisierung des Begriffs politischer Semiose:

- Politische Semiose bildet nicht ab, sondern erzeugt eine Zeichensphäre, welche unter anderem eine Adresse der Kollektivität als sichtbar und kommunikativ erreichbar erzeugt, an die wiederum gesellschaftliche Selbstbeschreibungen und eine Semantik der Legitimität¹⁹ von Herrschaft anschließen können.
- Politische Semiose ist ein evolutionärer Prozeß, welcher parallel zur Ausdifferenzierung politischer Entscheidungsstrukturen verläuft. Die Rede, daß das Politische der Gesellschaft als konstituierend vorausliege, muß daher aufgegeben bzw. präzisiert werden.
- Dem Politischen kann folglich auch nicht das Postulat der Einheit vorausgesetzt werden, sondern es ist umgekehrt von Polysemie und Umstrittenheit auszugehen. M.a.W.: Die Besonderheit politischer Semantik ist zwar die Behauptung der Repräsentation von Einheit und Ganzheit, sie erzeugt deshalb aber nicht tatsächlich eine allgemein übergreifende und geteilte Sinnwelt.

Die Politisierung Europas als semiotischer Prozeß

Die Semantik der politischen Moderne und „das Politische“

Für das hier angezogene Problem der Transformation des Politischen im Zuge der Vertiefung europäischer Integration bedeutet die oben entwickelte Beschreibung den Vorzug, die Semantik der politischen Moderne deutlich in ihrer Konstruktivität aufweisen zu können. Denn den zentralen Begriffen der modernen politischen Sprache – von Souveränität über Volk bis Verfassung und Demokratie usw. – liegt ein bestimmtes politisches Modell zugrunde: Der Staat errichte eine einheitliche Struktur vertikaler Autorität auf einem bestimmten Territorium, das Recht drücke den Willen des Volkes aus, das sich so souverän selbst regiert, Gesellschaft falle mit der Bevölkerung des

Gesellschaft (Göhler), womit in zweiter Linie die Soziologie an die Herrschaftsunterworfenen den normativen Appell richten muß, sich mit dieser Funktion des Politischen auch zu identifizieren.

¹⁸ Zurecht weist Claude Lefort auf die Schwierigkeit hin, zu bestimmen, in welcher Weise Volk oder Nation existieren. Freilich handelt es sich hier um imaginierte Entitäten. „In diesem Glauben aber das Zeichen einer reinen Illusion zu finden, wie das liberale Denken angeregt hat, heißt umgekehrt, den Begriff von Gesellschaft selbst zu leugnen, und somit gleichzeitig die Fragen nach der Souveränität und nach dem Sinn der Institution auszulöschen, die immer verbunden sind mit der letztendlichen Frage nach der Legitimität dessen was, ist.“ (Lefort 1986, dt. Übersetzung: 60) – Können wir von der politischen Semantik als symbolischer Form sprechen, die also nicht nach ihrer „Realität“, sondern nach ihren Wirkungen zu befragen ist?

¹⁹ Dem als Produkt der Ausdifferenzierung des politischen Systems erzeugten Kollektiv kann in der Folge Legitimation „abgetrotzt werden“; umgekehrt hat sich Politik dann aber auch immer vor diesem zu legitimieren. (Nassehi 2003: 149)

Staates zusammen, und diese sei als politisch und kulturell definiertes Subjekt zu verstehen: als die eine, unteilbare Nation.

Diese Sinnform ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur in wissenschaftlichen Diskursen,²⁰ sondern auch in ihrer politischen Effizienz unter Druck geraten, was öffentlich etwa unter Stichworten wie der Krise des Nationalstaats oder der Demokratie diskutiert wird. Eine systemtheoretische Perspektive erlaubt es, diese "Krise" nicht als Erosion "des" Politischen aufzufassen und zugleich aber die Bezugsprobleme politischer Semiose nicht aus den Augen zu verlieren. Wir verstehen "das Politische" also nicht als Rahmen, welcher "der Politik" ebenso konstitutiv wie unerreichbar vorausliege (wie stellvertretend Gauchet 2005: 25-29), sondern vielmehr als Korrelat der Ausdifferenzierung eines politischen Systems und folglich diesem *nachträglich*. Europäisierung wird dann nicht mehr einem Modell „des Politischen“ gegenübergestellt, das mit seiner historischen Formation im Nationalstaat gleichgesetzt würde (Gauchet 2005: 502), sondern sie erscheint als Transformation politischer Semantik im Zuge der Transformation des politischen Systems. Der Fragehorizont öffnet sich mithin: Wir können nicht nur danach fragen, inwiefern „das“ Politische von den Folgen der Europäisierung geschützt werden könne; sondern wir fragen nach den Voraussetzungen, Bezugsproblemen und Möglichkeiten politischer Semiose unter den Bedingungen der jeweiligen Gegenwart.

Neue Semantiken: Europäischer Konstitutionalismus

Wir betrachten also die Verbreitung der einleitend referierten Diskurse der „Defizite“ Europas – an Demokratie, Legitimität, Identität usw. – als ebenso viele Hinweise auf die Spannung zwischen der überkommenen politischer Semantik (und ihrer nationalstaatlichen Kollektivitätsfiktion) auf der einen und der neuen Geographie europäisierter politischer Entscheidungsverfahren auf der anderen Seite, einer Spannung, die Fragen der Sichtbarkeit und der Zurechenbarkeit der Macht neu öffnet. Die diesbezüglichen Diskussionen verlaufen seit Beginn europäischer Integration im Rahmen eines etatistischen Paradigmas: Euro-Skeptiker und Euro-Föderalisten gehen gleichermaßen vom Modell des Staats aus bzw. können sich Europa gleichermaßen nur gemäß seiner Bedingungen vorstellen. Während die einen den europäischen Superstaat im Namen der nationalen Souveränität ablehnen, fordern die anderen die Überwindung der Nationalstaaten im Namen einer europäischen Föderation. Insoweit beide Extreme für eine Semiotisierung des *mainstreams* europäischer Integration versagen, etablierten sich paradoxe Weisen für die Bezeichnung der neuen politischen Kollektivität: als nicht näher bestimmte „Einheit in der Vielfalt“, oder (auf dem Weg einer Verzeitlichung der Einheit) als ein fortlaufender Prozeß, dessen Konturen in der jeweiligen Gegenwart nicht bestimmbar seien (vgl. Abélès 2000; Drulák 2003).

²⁰ Die Rekonstruktion des „etatistischen Paradigmas“ ist mittlerweile in Begriffsgeschichte (z.B. Duso 2000), Philosophie (z.B. Mairet 1997), Soziologie (z.B. Albrow 1998) und Politikwissenschaft (z.B. Philpott 2001) weit vorangeschritten. In der Europaforschung erfolgte eine entsprechende Kritik vermehrt seit den 1990er Jahren (vgl. etwa Diez 1995; Bach 2000).

Die Vertiefung europäischer Integration in den letzten drei Dekaden führte – vor allem durch die Tätigkeit des Europäischen Gerichtshofs – zu einer zunehmenden Ablösung Europas als Rechtsform aus den bekannten Strukturen des Völkerrechts auf der einen, der nationalen Verfassungen auf der anderen Seite. Die Spannungen und Probleme, welche im Zuge dieser Entwicklung auftraten, führten zu einem Bedarf an Reflexion und interner Rationalisierung des „operating system“ der EU, welche zuletzt in das Projekt einer Konstitutionalisierung einmündeten. (vgl. die umfassende Integration-through-Law-Literatur, z. B. Weiler 1999b).

Mit dieser Option für das Instrument der Verfassung gingen erhöhte Anforderungen an die Kohärenz und operative Anschlußfähigkeit einer Selbstbeschreibung Europas als politischer Einheit einher. Einige Varianten seien aus den „Verfassungsdebatten“ der letzten Jahre genannt:

- Definition der Einheit Europas als einer „Wertegemeinschaft“ bzw. Forderung nach einer europäischen „public philosophy“ im Sinne des Kantschen *sensus communis* (Kommunitarismus).²¹
- Territoriale Definition der Einheit Europas, d.h. Forderung nach der Beantwortung der Frage nach den „Grenzen Europas“. – Dies kann mit einem Diskurs über Europas Identität und Geschichte verbunden werden, kann aber auch als Projektion in die Zukunft verstanden werden.
- Definition der Einheit Europas auf dem Wege einer hierarchischen Kompetenzordnung zwischen der supranationalen, den nationalen und den subnationalen Ebenen. – Diesen Weg beschritt teilweise der vom Europäischen Konvent im Juli 2003 vorgelegte Verfassungsvertrag, freilich ohne die damit zugleich gestellte Frage nach der Kompetenz-Kompetenz als dem Ort, wo die Teile zum Ganzen werden, zu beantworten.
- Sichtbarmachung der Einheit Europas durch leaders, d.h. Forderung nach einem „Gesicht Europas“ z.B. durch die Einführung von Wahlen zum Kommissionspräsidenten.

Die Möglichkeiten und Grenzen der genannten Vorschläge zu beurteilen ist eine empirische Frage und hier nicht Thema. Besonders verwiesen sei hingegen auf den Verlauf der Verfassungsdebatten in den Rechtswissenschaften, welche mittlerweile eine eigene Subdisziplin eines europäischen „constitutionalism beyond the state“ hervorgebracht haben. Nicht nur neue Formeln für die paradoxe Adressierung von Kollektivität unter Bedingungen europäischer Vergemeinschaftung werden hier geprägt – etwa das „europäische Multiversum“ oder die europäische „demoicracy“ (Nicolaidis/Weatherill 2003). Es geht vor allem auch um eine Arbeit der Übersetzung, welche die Substanz der Traditionen der politischen Semantik der Moderne – wie Demokratie, Sozialstaat Rechtsstaat – für die Realitäten des Europa der Gegenwart erhalten soll (Walker 2003). Eine der grundlegenden Innovationen dieser Forschungen ist die Abkehr von einer territorialen Metapher in der Betrachtung der europäischen Politik. Die einzelnen Ebenen der europäischen Union – die Regionen, Staaten, die supranationalen Institutionen – werden

²¹ Z. B.: „If Europe has a future it must be something that Europeans believe in, not something the legitimacy of which is assigned merely by treaties and courts of law.“ (Ward 2001: 25)

nicht als isoliert bzw. als einzeln, monadische Untereinheiten beschrieben, deren Zusammensetzung die Europäische Union ergebe. Die Vorstellung separater, innerer und äußerer Dimensionen solcher Untereinheiten wird vielmehr aufgegeben zugunsten der Thematisierung der Verhältnisse von Kooperation und Kompetition zwischen den Ebenen und Institutionen sowie der Überlappungen in Rechtsprechung und Verwaltung, welche für ein am Begriff der Einheit orientiertes Denken gerade so skandalös erscheinen (Allott 2003; Mairé 1997; Duso 2002). Es wird sich zeigen, inwiefern hier geprägte Formeln für praktische politische Semiose anschlussfähig werden. – Aus der Sicht unserer Begrifflichkeit kann dieser Literatur jedenfalls der Ehrentitel einer *Poesie* politischer und juridischer Vergemeinschaft jenseits des Staates verliehen werden.²²

Die Unabweisbarkeit politischer Semiose

Wir haben bisher – auch angesichts der empirischen Gegebenheiten – die Transformation politischer Semantik in Europa primär als Korrelat der Evolution des politischen Systems und seiner Kommunikation betrachtet (z.B. die europäische Verfassung). Läßt sich die Notwendigkeit einer Semiotisierung des Neuen Europa umgekehrt auch von Seiten der Adressaten, der Bürgerinnen und Bürger, begründen? Und weiters: Lassen sich aus dieser Perspektive Anforderungen formulieren, welche politische Semiose im Sinne ihres Erfolgs zu genügen hätte?

Diese Problemstellung erfordert es, die Pfade der Luhmannschen Systemtheorie zu verlassen, die sich schon früh (und unter dem Eindruck von 1968) entschieden hatte (vgl. Luhmann 1972), die aus ihrer Sicht unfruchtbare Diskussion um einen substantiellen Politikbegriff zu vermeiden. Die Systemtheorie stellte sich fest auf modernen Boden, indem sie ihre Beschreibung an das ausdifferenzierte politische System angeschlossen. Gerade in Zeiten der Transformation und Kontingenz dieses Systems stellt sich aber die Frage nach möglichen Referenzpunkten von dessen Operationen. Diese, da stimmen wir Luhmann (1972: 216) zu, können nicht „in einer natürlich-gesellschaftlichen Existenz des Menschen außerhalb von Staat und Politik“ gewonnen werden. Es bleibt hingegen der Weg einer phänomenologischen Untersuchung jener Momente der Struktur der Lebenswelt, an denen sich der Übergang vom Leben zum politischen Leben vollzieht, um so, aus der Unterscheidung von der relativ natürlichen Einstellung der Alltagswelt, die Bedingungen aufzuweisen, nach denen sich ein politisches Sinngebiet abgrenzen ließe.

Der von Ilja Sruhar (1999) in diese Richtung unternommene Vorstoß verdient m. E. größere Beachtung und ich referiere sein Argument hier in der gebotenen Kürze: Sruhar geht zunächst davon aus, daß die „primäre soziale Realität von Gruppen“ nicht notwendig auch Elemente politischer Organisation enthalte, d.h. daß das Politische von der „Organisation von Kollektiven“

²² Die innovative Kraft dieser Literatur erstreckt sich auch auf die Formulierung neuer normativer Grundprinzipien europäischer politischer Gemeinschaft, so etwa Joseph Weilers Begriff der „constitutional tolerance“: „It is the acceptance by its [the EU's] members that in a range of areas of public life, one will accept the legitimacy and authority of decisions adopted by fellow European citizens“ (Weiler 1999c: 346).

tout court zu unterscheiden sei (vgl. auch Castoriadis 1990). Politik führe ein „anderes System von ‚Typik und Relevanz‘“ ein, dessen „Definitionsmacht“ gegenüber der Alltagswelt abgesichert werden müsse (ebd.: 18-19). Anthropologische Bedingung dieser politischen Sinnform sei die Deutungsoffenheit und Unbegrenztheit der *conditio humana* (im Sinne Plessners).²³ Diese werde von Politik in besonderer Weise aktualisiert, nämlich explizit und reflexiv, das heißt: Im Politischen werden „die sozialen Bedingungen der Intersubjektivität, also die „Definition der Reziprozität von Perspektiven der Akteure“, „zum Gegenstand von Reflexion und Konstruktion“ (ebd.: 33). So lösen sich die politischen Bestimmungen von Innen und Außen aus dem „ursprünglichen Verhältnis von Auto- und Heterotypisierung“ der natürlichen Welteinstellung (ebd.). Das politische Sinngebiet muß folglich mit anderen Wissensformen als jenen des Alltags legitimiert werden (ebd.: 21, 35). Und es muß die politische Semantik ständig gegenüber der Tendenz aufrecht erhalten werden, gegenüber der relativ natürlichen Einstellung zu erodieren; in letzter Instanz muß sie durch eine explizite Machtorganisation gesichert werden.

Politische Semantik ist vor diesem Hintergrund immer vertikal bzw. alltagsstranszendent.²⁴ Sie bricht die Autorität²⁵ des Sozialen durch explizite und machtgestützte Institution. Dies ist für den europäischen Fall von besonderer Bedeutung. Denn mit der Erweiterung und der Vertiefung der EU erreicht ‚Europa‘ auch jene, die sich nicht für dessen Verfassung interessieren und die Seiten „Europäische Politik“ in ihrer Tageszeitung überblättern. Denn ‚Europa‘ wird überall dort thematisch, wo aufgrund der Integration in eine supranationale Gemeinschaft nationale bzw. lokale²⁶ Regeln, Symbole, Kompetenzen usw. in Frage gestellt werden. Im Zuge dieses Prozesses ist eine *Politisierung* Europas unabweisbar: Denn jener Einbruch in die Alltagswelt verlangt nach Sinngebung, d.h. die neuen, europäisierten Entscheidungsverfahren können nicht auf Dauer im technokratischen oder systemischen Sinn als bloße sachliche Teilfunktionen der Gesellschaft der Anforderung nach Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit entzogen werden. Was folglich öffentlich als „Unbehagen“ der Bürgerinnen und Bürger an Europa beobachtet wird, läßt sich aus dieser Sicht als das Erfordernis beschreiben, die bindenden Entscheidungen im Rahmen einer europäisierten *polity* sichtbar, verstehbar und kommunikativ erreichbar zu machen.

²³ Die historische Genese der politischen Sinnform leitet Srubar aus dem Szenario der Herausforderungen der Sinnwelten konkreter Gruppen durch jeweils andere Gruppen ab.

²⁴ Diese Vertikalität findet neuerdings scharfe Gegner in den Ahängern der von Michael Hardt und Antonio Negri propagierten „ästhetischen Subversion“ (Peter Sloterdijk) gegen das (vampiristische) „Empire“ im Namen der (universal schöpferischen, sich selbst hervorbringenden) „Multitude“. Ganz in der Tradition des Anarchismus wird vertikale Macht von diesen Autoren ausschließlich negativ verstanden und die hier fokussierte Differenz zwischen Alltagswelt und politischer Sinnform eingeebnet.

²⁵ Vgl. für eine Formulierung des Autoritätsbegriffs (und seiner Differenz zur Macht) auf der Grundlage einer Theorie sozialer Austauschbeziehungen Moreau de Bellaing (1990; vgl. auch Garapon/Perdriolle 2000).

²⁶ D.h.: die Alltagswirklichkeit von Gruppen – und die europäischen Nationen werden in der Tat täglich durch die Kommunikation der Massenmedien als natürliche Gruppen (Kulturen) reifiziert (und damit entpolitisiert).

Demokratie und die Transzendenz der Gerechtigkeit

Aus der Sicht eines „politischen Systems“ kann politische Semantik nach Kriterien wie ihrer operativen Anschlußfähigkeit, ihrer Reflexivität oder ihrer Leistung der Stabilisierung von Kommunikation beobachtet werden. Aus der Sicht der Alltagswelt werden hingegen Fragen wie Sinnggebung und Legitimation thematisch. Entsprechende Probleme lassen sich an der Grenze zwischen politischem System und seiner Umwelt vermuten, einer Gesellschaft, welche ihrerseits permanent Selbstbeschreibungen hervorbringt, die Erwartungen an Politik mitprogrammieren.

Politologisch läßt sich dann fragen, welche Strukturen und Programme an der Schnittstelle von Politik und Publikum zur Verfügung stehen und wie sie wirken. Aus der Sicht der Alltagswelt rückt hingegen die *Bedeutung* politischer Semantik für ihre Rezipienten ins Zentrum. So fragt etwa die Institutionentheorie, ob sich die Bürger in den von den politischen Institutionen repräsentierten Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien „wiedererkennen“. Dies ist die Frage nach der Legitimität im weitesten Sinn, welche erst durch die Hervorbringung einer Sichtbarkeit und Lesbarkeit des Politischen, d.h. einer Adresse von Gesellschaft als Ganzer, gestellt werden kann.

In der Tat ist unter demokratischen Bedingungen – darauf hat Eric Voegelin hingewiesen – jeder Herrschaftsunterworfenen in die Lage versetzt, im Namen der Gerechtigkeit das, was ist, zu befragen. Ebendiese Frage öffnet die politische Sinnprovinz auf ein Darüberhinaus, „transzendente Repräsentation“ in Voegelins Begrifflichkeit. Dieses Darüberhinaus ist aber seinerseits kein bestimmbarer Ort, sondern markiert immer nur einen Horizonts bzw. ermöglicht die Differenz zwischen diesseits und jenseits: Gerechtigkeit ist, wie im Anschluß an Derrida (1994) formuliert werden kann, präsent nur im Modus ihrer Absenz.

Die Öffnung des Politischen auf die Einbildungskraft und mithin die permanente Spannung zwischen Machbarkeit und Wünschbarkeit, zwischen Realem und Imaginärem, wie sie den Kampfplatz politischer Semantik ausmacht, ist in dieser engen Kopplung von demokratischer Machtorganisation und ihren Adressaten begründet. Eine Polemik gegen Fiktionen im Namen der Sachlichkeit ändert an dieser Tatsache nichts. Anders formuliert: An politischer Semiose in ihrer eigentümlichen Zwischenstellung zwischen Bild und Wirklichkeit²⁷ führt kein Weg vorbei.

Schluß

Unsere Überlegungen nahmen ihren Ausgang bei aktuellen Veränderungen Europas, die vielfach als Erosion der Demokratie bzw. des Politischen gedeutet und auf europäischer Ebene mit einer Reihe von Defiziten der politischen Organisation in Verbindung gebracht werden, die insbesondere durch „weiche“ Begriffe wie Identität, Legitimität, Öffentlichkeit usw. zu

²⁷ So der Untertitel einer Tagung, die der Autor zusammen mit Gilbert Weiss vom 9. bis 11. März in Wien organisiert hat.

bezeichnen seien. Die These, welcher dieser Artikel verfolgte, lautete, daß die genannten Symptome als solche Ernst zu nehmen sind, zugleich aber das zugrunde liegende Problem noch nicht klar genug identifiziert sei. Die folgenden theoretischen Erkundungen nahmen daher zunächst gängige Vorschläge auf, welche jene „weichen“ Dimensionen politischer Vergemeinschaftung als symbolische Konstitution des Politischen zu erfassen suchen. In einem weiteren Schritt wurde argumentiert, daß die Institutionentheorie einer erkenntniskritischen Präzisierung bedürfen, um für unser Vorhaben einer Theorie politischer Semiose nutzbar zu werden. Im Anschluß an Niklas Luhmann wurden insbesondere folgende Klärung vorgeschlagen: Politik impliziert eine semiotische Dimension insofern, als sie zu ihrem Funktionieren auf Sichtbarkeit und Verstehbarkeit der Macht angewiesen ist, und als die von ihr produzierten Entscheidungen immer auch eine territorial und mitgliedschaftlich bestimmte Kollektivitätsfiktion als Fremdreferenz mitkonstruieren.

In einem dritten Abschnitt wurde anhand Europas exemplarisch zu zeigen versucht, inwiefern sich die Frage nach dem Politischen und seiner Transformation ausgehend von einer solchen Problembestimmung öffnen und insbesondere auch empirisch handhabbar machen läßt. Als zentrale These wurde dabei einerseits die Unabweisbarkeit einer Semiotisierung des europäischen politischen Bands, andererseits das Versagen der überkommenen Semantik der politischen Moderne behauptet. In diesem Zwischenraum, so kann formuliert werden, situiert sich die aktuelle Evolution europäischer politischer Semantik, und über diese Feststellung hinaus gerät auch die Analyse in den Sog der diese aktuelle Entwicklung mitvollziehenden praktischen Anschlußkommunikationen.

Zum Schluß sollen noch einmal die wesentlichen Merkmale genannt werden, die aus meiner Sicht für den hier verwendeten Begriff *politischer Semiose* sprechen:

- 1) Anstelle der Rede von einer symbolischen Konstitution des Politischen verweist der Begriff politische Semiose auf den prozeßhaften und nachträglichen Charakter der sinnhaften Verinnerlichung politischer Wirklichkeit.
- 2) Entgegen eines institutionentheoretischen Vokabulars behauptet er keine Einheitlichkeit und Geschlossenheit des politischen Sinngiets.
- 3) Entgegen dem Repräsentationsbegriff vermeidet politische Semiose die Vorstellung einer Abbildrelation zwischen Gesellschaft und Politik.
- 4) Und schließlich erlaubt es unser Begriff, die Beteiligung verschiedenster Arten von Zeichen an den interessierenden semiotischen Prozessen zu untersuchen.

Literatur:

- Abélès*, Marc (2000). Virtual Europe. In: Irène *Bellier*/Thomas M. *Wilson* (Hg.): An Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe. Oxford, New York, 31-50.
- Albrow*, Martin (1998). Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter. Frankfurt a. M..
- Allott*, Philip (2003). Epilogue: Europe and the dream of reason. In: Joseph H. H. *Weiler*/Marlene *Wind* (Hg.): European Constitutionalism beyond the State. Cambridge, 202-225.
- Ankersmit*, Frank (1996). Aesthetic Politics. Political Philosophy Beyond Fact and Value, Stanford.
- Bach*, Maurizio (2000). Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, 11-35.
- Bedorf*, Thomas (2003). Dimensionen des Dritten. Sozialphilosophische Modelle zwischen Ethischem und Politischem. München.
- Brodocz*, Andre (2003). Die symbolische Dimension der Verfassung. Ein Beitrag zur Institutionentheorie. Opladen.
- Castoriadis*, Cornelius (1990). Pouvoir, politique, autonomie. In: Ders.: Le monde morcelé (= Les carrefours du labyrinthe, Bd. 3). Paris, 137-172.
- Derrida*, Jacques (1994). Force de loi. Le ‚Fondement Mystique de l'autorité‘. Paris.
- Descombes*, Vincent (1996). Les institutions du sens. Paris.
- Diez*, Thomas (1995). Neues Europa, altes Modell. Die Konstruktion von Staatlichkeit im politischen Diskurs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft. Frankfurt/Main.
- Drulák*, Petr (2003). Metaphors Europe Lives by. Language and Institutional Change of the European Union. RSCAS Discussion Paper, EUI, Florence.
- Duso*, Giuseppe (2000). Die Aporien der Repräsentation zwischen Bild und Begriff. In: H. *Dreier* (Hg.). Philosophie des Rechts und Verfassungstheorie. Berlin, 65-85.
- Duso*, Giuseppe (2002). L'Europa e la fine della sovranità, in: Quaderni fiorentini per la storia del pensiero giuridico moderno, 31(1), 109-139.
- Edelman*, Murray (1985). The Symbolic Use of Politics. Illinois.
- Europäische Kommission* (2001). Europäisches Regieren. Ein Weißbuch (25.7.2001 KOM(2001)428 endgültig). Brüssel.
- Fuchs*, Peter (1991). Vaterland, Patriotismus und Moral. In: Zeitschrift für Soziologie 20, 89-103.
- Garapon*, Antoine/Sylvie *Perdriolle* (2000) (Hg.):. Quelle autorité? Une figure à géométrie variable. Ed Autrement, collection Mutations, n° 198, Paris.
- García*, Soledad (Hg.) (1993). European Identity and the Search for Legitimacy. London..
- Gauchet*, Marcel (2005). La condition politique. Paris.
- Göbel*, Andreas (1999). Paradigmatische Erschöpfung: Wissenssoziologische Bemerkungen zum Fall Carl Schmitt. In: Ders./Dirk van Laak/Ingeborg *Villinger* (Hg.). Metamorphosen des Politischen: Grundfragen politischer Einheitsbildung. Berlin, 267–287.
- Göhler*, Gerhard (1997). Der Zusammenhang von Institutionen, Macht und Repräsentation. In: *Göhler*, Gerhard et al. (Hg.). Institution – Macht – Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken. Baden-Baden, 11-62.

- Haltern*, Ulrich (2003). Pathos and Patina: The Failure and Promise of Constitutionalism in the European Imagination, in: *European Law Journal*, 9(1), 14-44.
- Hofmann*, Wilhelm (2004). Die politische Kultur des Auges. Der *pictorial turn* als Aspekt des *cultural turn* in der Politikwissenschaft. In: Birgit Schwelling (Hg.). *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft*. Opladen, 309-334.
- Jachtenfuchs*, Markus (2002). *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*, Baden-Baden.
- Kelsen*, Hans (1929). *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, 2. Aufl. Wien.
- Koschorke*, Albrecht et al. (2002). *Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft*. Frankfurt a. M..
- Krzyzanowski*, Michal/Florian Oberhuber (2006). The Making of the European Constitution. Brussels et al. (Reihe 'Multiple Europe', hg. v. Bo Strath, in Vorbereitung).
- Laeken Declaration* (2001). The Laeken Declaration on the Future of the European Union. Annex 1 to the Presidency Conclusions of the European Council Meeting in Laeken. 14.-15. Dezember 2001, Brüssel, Nr. SN 300/1/01 REV 1, 19-27.
- Lefort*, Claude (1986). Permanence du théologique-politique?. In: *Ders.. Essais sur le politique. XIXème-XXème siècles*. Paris, 275-329.
- Luhmann*, Niklas (1972). Politikbegriffe und die „Politisierung“ der Verwaltung. In: *Hochschule für Verwaltungswissenschaften* (Speyer) (Hg.): *Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*. 2. Aufl., Berlin, 211–228.
- Luhmann*, Niklas (2000). *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a. M..
- Mairet*, Gérard (1997). *Le principe de souveraineté: histoires et fondements du pouvoir moderne*. Paris.
- Moravcsik*, Andrew (2003). In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union, in: Joseph H. H. *Weiler/Iain Begg/John Peterson* (Hg.): *Integration in an Expanding Union. Reassessing the Fundamentals*, Oxford/Malden, 77-97.
- Moreau de Bellaing*, Louis (1990). *Sociologie de l'Autorité*. Paris.
- Müller*, Marion (2004). Politologie und Ikonologie. Visuelle Interpretation als politologisches Verfahren. In: Birgit Schwelling (Hg.). *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft*. Opladen, 335-350.
- Münkler*, Herfried (1995). Die Visibilität der Macht und die Strategien der Machtvisualisierung. In: Gerhard *Göhler* (Hg.): *Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht*. Baden-Baden, 213-230.
- Nancy*, Jean-Luc (1988). *Die undarstellbare Gemeinschaft*. Stuttgart.
- Nassehi*, Armin (2002). Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen. In: Kai Uwe *Hellmann/Rainer Schmalz-Bruns* (Hg.). *Die Politik der Gesellschaft. Beiträge zu Luhmanns Theorie des politischen Systems*. Frankfurt/Main, 38-59.
- Nassehi*, Armin (2003). Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der „soziologischen“ Moderne. In: *Der Begriff des Politischen (Soziale Welt Sonderbd. 14)*, 133-169.
- Nicolaidis*, Kalypso/Stephen *Weatherill* (Hg.) (2003). *Whose Europe? National Models and the Constitution of the European Union*, Oxford.
- Oberhuber*, Florian (2005). Europäische politische Realität im/und Verfassungskonvent. Elemente und Funktionen einer supranationalen Institution. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34/3, 279–294.
- Oberhuber*, Florian (2006). Europas Verfassungsfrage und das Demokratiedefizit: Zum Problem politischer Semiose jenseits des Nationalstaats, in: *Europa: Bild und Begriff im Kulturwandel, Tagungsakten* (in Vorbereitung).

- Oberhuber, Florian/Christoph Bärenreuter/Michal Krzyzanowski/Heinz Schönbauer/Ruth Wodak* (2005). Debating the European Constitution. On representations of Europe / the EU in the press, in: *Journal of Language and Politics*, 4(2), 227–271.
- OPTEM* (2001). Perceptions of the European Union. A qualitative study of the public's attitudes and expectations of the European Union in the 15 member states and the 9 candidate countries. General Report (http://europa.eu.int/comm/governance/areas/studies/optem-report_en.pdf).
- Pascal, Blaise* (1977). *Pensées*, hg. v. Michel Le Guern. Paris.
- Philpott, Daniel* (2001). *Revolutions in Sovereignty: How Ideas Shaped Modern International Relations*. Princeton.
- Poiars Maduro, Miguel* (2003). Contrapunctual Law: Europe's Constitutional Pluralism in Action. In: *Neil Walker* (Hg.): *Sovereignty in Transition*. Oxford/Portland, 501-537.
- Rosanvallon, Pierre* (2003). *Pour une histoire conceptuelle du politique*. Paris.
- Shore, Chris* (2000). *Building Europe. The Cultural Politics of European Integration*, London.
- Söffner, Hans-Georg/Dirk Tänzler* (2002). Figurative Politik. Prolegomena zu einer Kultursoziologie politischen Handelns. In: *Dies.* (Hg.). *Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in modernen Gesellschaften*. Opladen, 17-33.
- Srubar, Ilja* (1999). Woher kommt „das Politische“? Zum Problem der Transzendenz in der Lebenswelt. In: *Anne Honer/Rudolf Kurt/Jo Reichertz* (Hg.). *Zur Deutung der Bedeutung moderner Kultur*. Konstanz, 17–37.
- Walker, Neil* (2003). Postnational constitutionalism and the problem of translation. In: *Joseph H. H. Weiler/Marlene Wind* (Hg.): *European Constitutionalism beyond the State*. Cambridge, 27-54.
- Ward, Ian* (2001). Beyond Constitutionalism: The Search for a European Political Imagination. In: *European Law Journal* 7/1, 24-40.
- Weiler, Joseph H. H.* (1999a). Introduction: 'We will do, and hearken', in: *Ders.: The Constitution of Europe. „Do the new Clothes have an Emperor?“ and other essays on European integration*, Cambridge, 3-9.
- Weiler, Joseph H. H.* (1999b). The transformation of Europe, in: *Ders.: The Constitution of Europe. „Do the new Clothes have an Emperor?“ and other essays on European integration*, Cambridge, 10-101.
- Weiler, Joseph H. H.* (1999c). To be a European citizen: Eros and civilization. In: *Ders.: The constitution of Europe. „Do the new clothes have an emperor?“ and other essays on European integration*. Cambridge, 324-357.
- Weiler, Joseph H.H./Marlene Wind* (Hg.) (2003). *European Constitutionalism beyond the State*. Cambridge.
- Weiss, Gilbert* (2002). Searching for Europe. The problem of legitimisation and representation in recent political speeches on Europe, in: *Journal of Language and Politics*, 1(1), 59-84.
- Westle, Bettina* (2003). Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union?. In: *Frank Brettschneider/Jan van Deth/ Edeltraud Roller* (Hg.). *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*. Opladen, 115-152.
- Wiener, Antje* (2004). Die Verfassung Europas. Konturen eines europäischen Konstitutionalismus, in: *Integration*, 27(3), 176-185.
- Zifonun, Dariuš* (2004). Politisches Wissen und die Wirklichkeit der Politik. Zum Nutzen der Wissenssoziologie für die Bestimmung des Politischen. In: *Birgit Schwelling* (Hg.). *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft*. Opladen, 244-276.